

und Verluste wieder einigermaßen wettmachen. Wenn wir heute den Weltmarkt nur mit Durchschnittsfabrikaten machen, so haben einige Markt billiger sein als gleichwertige Konkurrenzware, so werden wir nie die entsprechende Abschöpfung, die wir für eine Besserung unserer Handels- und Zahlungsbilanz und damit unserer wirtschaftlichen Gesamtlage brauchen, für uns gewinnen können. Das ist gewiss eine Alltagsschwierigkeit, die aber angesichts der Haltung bestimmter Kreise unterdrückt werden muss. Und was für den wichtigsten Teil unserer Existenzgrundlage, die Exportfabrikation, gilt, das gilt in demselben Maße für das ganze übrige Gewerbeleben. Ein neuer Geist muss sämtliche am Produktionsprozess beteiligten Eliten erfasst und beverleben, der Geist der Qualitätswert, der Geist der Qualitätsarbeit. Der aber wird sich nicht erzielen lassen dadurch, dass die leistungsfähigsten Kräfte in einem harren Verhältnis zu den Vollbringern der einfachen Handlungen entlohnzt werden, sondern nur durch eine zum vollen Einsatz der Verantwortlichkeiten anspornende Bezahlung, deren Höhe vom freien Spiel der Kräfte bestimmt wird.

Viele genug ist gegen dieses ehebrecherische Wirtschaftsgesetz in Deutschland gefunden worden, lange genug haben die Qualitätsarbeiter jeden Gebietes unter dem drohenden Bewußtsein gesiezt, dass all ihre Vorbildung, all ihre Stärken ihnen zu seinem Verdienst zu verhelfen vermöchten, der ihrem Fleiß und ihren Talenten entsprach und der sie von der Menge der wird.

Die Streikgefahr bei der Eisenbahn.

Solidarität der Beamtengewerkschaft mit den Arbeitern.

Die Forderungen der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnerbeamten.

(Fachmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Berlin, 13. Juni. Der Deutsche Eisenbahner-Verband, die rechte gewerkschaftliche Organisation der Eisenbahnarbeiter, gibt von der augenblicklichen Lage folgendes Bild: Die drei Spartenverbände waren bereits am Freitag nachmittag an die Reichsregierung herangetreten, um mit ihr über die allgemeine Lage in Verhandlungen zu treten. Die Plenarievertretung war dazu nicht in der Lage. Von der Verhandlung am Sonnabend mit der Reichsregierung, an der vorwiegend die Spartenorganisationen, wie die Vertreter der Eisenbahngewerkschaften teilnahmen, handelt es ab, ob es zu einem Ersatz kommt wird. — Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnerbeamten, die vom Motiv führt, in sich vereint, hat folgende Entschließung gefasst:

1. Der Hauptvorstand erkennt die außestellten Forderungen an und stellt sich auch für die Durchführung dieser Forderungen des übrigen Gewerkschaften als Einheitsfront ein. Der Hauptvorstand weist die Beamten an, bei der Durchführung dieser Forderungen strengste Solidarität in wahren.

2. Die Reichsgewerkschaft lehnt die Besoldungsregelung vom 22. Mai d. R. wegen ihrer äußerst unzulässigen Wirkung als untragbar ab. Sie beruft den Beschluss, eine Urabstimmung in der Beamtenschaft vorzunehmen, wenn Reichsregierung und Parlament nicht umgehend eine Nachprüfung des Besoldungsgesetzes mit dem gleichen Aufsatzierung aller Gehälter der unteren Gruppen und Befestigung aller Höhen vornehmen.

Gewerkschaftlicher Vermittlungsschritt beim Reichskanzler.

Berlin, 13. Juni. Heute vormittag traten die Großorganisationen der Eisenbahner zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen. Die gewerkschaftlichen Spartenverbände erklärten sich auf Grund des Erlasses der Sachlage und wegen der schweren Geschädigung, die ein Eisenbahntreffer für das gesamte Wirtschaftsleben auslösen muss, einsichtig bereit, einen sofortigen Vermittlungsschritt beim Reichskanzler zu unternehmen. Der Reichskanzler wird auf die Vorstellung der gewerkschaftlichen Spartenverbände am Sonnabend vormittag die Vertreter der Spartenverbände zur Beratung der Lage empfangen. An der Sitzung werden außer dem Reichsverkehrsministerium auch das Reichsministerium der Finanzen, das Reichsarbeitsamt und das Reichswirtschaftsministerium beteiligt sein. Eine Klärung der Lage wird insgesamt erst am Sonnabend zu erwarten sein. Die Gewerkschaften werden inzwischen ihre Mitglieder vor planlosen Zeitaltern zurückhalten. Der Reichsverkehrsminister Deter selbst ist durch Krankheit verhindert, an den Verhandlungen teilzunehmen.

Wechsel im Vorsitz der Repko?

Bevorstehende Demission Barthous.

Lounchent im Borderarnde.

Paris, 13. Juni. Ein Pariser Blatt glaubt mittleren zu fühnen, dass im Laufe der nächsten Woche Barthou seine Demission als Vorsitzender der Reparationskommission überreichen werde. Barthou soll dann die Nachfolge des Maréchal Pétain als Generalpräsident von Marokko übernehmen. Es soll in den Absichten der neuen Regierung liegen, als Nachfolger Barthous in der Präsidialhalle der Repko den ehemaligen Minister Lounchent zu ernennen, um zu zeigen, dass Herrscher den Weg einer Verständigung mit Deutschland auf der Basis der Sachverständigenberichte zu schreiten wünsche.

Die sabelhaften Einkommen der Repkomitglieder.

Berlin, 13. Juni. In der belgischen Kammer ist bekanntlich auch über die Besoldung der belgischen Mitglieder der Reparationskommission abgestimmt worden. Der belgische Finanzminister hatte mitgeteilt, dass die Reparationskommission eine „unabhängige, selbständige, souveräne Einrichtung“ sei, die durch den Vertrag von Versailles eingerichtet wurde. Das Antwerpener Blatt „Scheide“ nimmt nun diese These zum Anlass. Naheres über die Bezüge einzelner Reparationskommissionärsen berichtet. Es schreibt: Delacroix beispielweise, welcher einst zum ersten Minister avancierte und seinem Vaterland so große Verdienste erwiesen hat, doch man sein Änderten nun noch alle Tage lobt, ist auch ein Mitglied der Kommission, die bis jetzt noch recht wenig repatriert hat. Er verdient als solches jährlich eine halbe Million oder 300 000 Franken. Ein gewisser Guttenstein, der das verdeckt Ende seines Namens abriß und nur noch Gutt heißt, verdient bei derselben Kommission 350 000 Franken, der allgemeine Sekretär Verler hat 350 000 Franken, der Unterstaatssekretär Huert 275 000 Franken, Thénard 225 000 Franken. Aber da wichtige Leute, wie Delacroix und Gutt, nicht ohne Sekretär auskommen, sind auch diese vorhanden. Delacroix' Sekretär besteht 225 000 Franken. Er hat ebenfalls wieder einen Sekretär, und dieser verdient für sich 125 000 Franken. Außerdem gibt es bei der Reparationskommission noch einen ganzen Schwanz von Angestellten von geringerem Range. Der geringste unter ihnen verdient immerhin noch das ganz nette Gehalt von 60 000 Franken im Jahre.

Reichstag und Gulachien.

Berlin, 13. Juni. Die Verhandlungen des Organisationsausschusses, der auf Grund des Sachverständigenberichts die Frage der deutschen Eisenbahnen zu behandeln hat, werden am Montag wieder in Paris aufgenommen, nach-

dem die Mitglieder des Ausschusses ihren Regierungen Bericht erstattet haben. In den neuen Beratungen ist die Möglichkeit weiterer Anträge von den Vertretern der Entente gegeben, so dass im Augenblick noch gar nicht abgesehen werden kann, wie sich die Verhandlungen gestalten werden. Sollte in den Beratungen sich ergeben, dass die deutschen Eisenbahnen auch nach der Durchführung des Sachverständigenberichts in vollem Besitz des Reichs bleiben würden, was immerhin möglich ist, so würde dadurch die parlamentarische Behandlung des Sachverständigenberichts beeinflusst. Es würde in diesem Falle wahrscheinlich keine Verfassungsänderung vorliegen und es würde die einfache statt der Zweidrittelmeintheit annehmen. Wenngleich ist das die Ansicht der mehrgliedrigen politischen Stellen. Die Frage der Industrieobligationen und der Goldnotenbank dürfte parlamentarisch weniger schwierigkeiten machen und sich leicht leicht bei den Verhandlungen des Organisationsausschusses erfordern lassen, da eine verfassungshindrende Bestimmung nicht vorliegt.

Die Verlängerung der Micumverträge.

Berlin, 13. Juni. Nach dem Abbruch der Verhandlungen mit der Micum ist durch die in Paris und Brüssel von der Reichsregierung eingeleiteten Schritte bereits die Tendenz deutlich geworden, die Verhandlungen von Regierung zu Regierung um die Micumverträge endlich in Gang zu bringen. Die Finanzierung der Verträge ist, so weit eine Weiterführung der Leistungen überhaupt in Frage kommen kann, entweder im Anschluß an die finanziellen Vorstellungen des Sachverständigenberichts gedacht oder es müssen, sofern dieser Gedanke sich als nicht durchführbar erweisen könnte, andere weniger Methode erwogen werden. Doch handelt es sich bei allem um zunächst noch entfernt liegende Möglichkeiten, die an dem Erlass der Lage, sowohl für die bedrohte Industrie, wie für das eigentlich in die Wege springende Reich nichts ändern.

Einreiseverbot für führende deutsche Persönlichkeiten ins Rheinland.

Der rheinische Provinziallandtag muß nach Bremen verlegt werden.

Bonn, 13. Juni. Die Belagerungsbehörde hat die Erlaubnis erteilt, den Oberpräsidenten der Rheinprovinz Reichsamt bevorstehenden Tagung des rheinischen Provinziallandtags nicht erzielt. Die Einreiseerlaubnis für den Reichsminister des Innern Dr. Jäger, den Präsidenten des Provinziallandtags, wurde zurückgezogen. Die Tagung des Landtages dürfte nunmehr in Bremen stattfinden.

Deutscher Evangelischer Kirchenrat.

Bielefeld-Bethel, 13. Juni. Der erste verfassungsmäßige Deutsche Evangelische Kirchentag, die parlamentarische Gesamtvertretung der im Kirchenbund zusammengeschlossenen 28 deutschen Landeskirchen, wurde heute unter fast vollständiger Beteiligung seiner 210 Abgeordneten, sowie hervorragender Vertreter der lutherischen, deutsch-reformierten, schwedischen, finnischen, dänischen, englischen und anderer auswärtiger Kirchen mit einem Dekret beschlossen des rheinischen General-Superintendenten B. Klingemann, Koblenz, in der Altkirche eröffnet. In einer vorausgegangenen Sitzung des Kirchenbundesrates, des Organs der Kirchenregierungen, unter Vorsitz des bayerischen Kirchenpräsidenten Welt, München, wurden die auf der Tagessitzung des Kirchentags stehenden Bündesgesetze durchberaten und angenommen. Der preußische Kultusminister Dr. Voellky hatte in einem Berichtsschreiben an den Präsidenten des Kirchenbundes seine auffälligen Wünsche für einen geistlichen Verlauf der Verhandlungen ausgesprochen. (W.T.B.)

Der Hamburger Kriminalistenkongress.

Berlino, 13. Juni. Die Internationale Kriminalistische Vereinigung führte nach dem Referat des Professors Eppmann aus Hamburg über die Grundzüge des Vollzugs von Dreihändigstrafen eine Entschließung, in der gefordert wird, dass beim Strafvollzug die Herrschaft des Gedankens der sozialen Erziehung geistlich festgelegt werde, und dass Beamte herangebildet würden, die mit dem Bewußtsein nötiger Strenge eine gründliche theoretische und praktische Bildung verbünden. Nach dem Referat Dr. v. Hippels nahm die Versammlung folgende Entschließung an: Die Versammlung erklärt es als wünschenswert, dass die Gesamtverfassung des Strafrechts zunächst gefördert und der revisierte Entwurf nicht nur amlich behandelt, sondern auch der öffentlichen Kritik ausangängig gemacht wird. Zu dieser Frage betonte der Vertreter der Reichsjustizverwaltung, Ministerialdirektor Dunkel, dass die Einführung eines neuen Strafgebiets mit den gleichen Bestrebungen in Österreich zeitlich zusammenfalle, dass also die Möglichkeit gegeben sei, zu einer für beide Länder einheitlichen Regelung zu gelangen. (W.T.B.)

Der Reichslandbund gegen die Kriegsschuldfrage.

Berlin, 13. Juni. Der Reichslandbund verbreitet einen von seinem Präsidenten Grafen von Kalkreuth und Dr. Ley unterzeichneten Aufruf, der sich unter Bezug auf das Sachverständigenkuratorium gegen die Kriegsschuldfrage wendet und in dem es heißt:

Deutschland hat niemals ein Dehl daraus gemacht, dass es das Bekennnis seiner alleinigen Schuld am Kriege als erprecht ansieht. Solange jedoch das damalige Schuldbekennnis der Regierung formal zu Recht besteht, hält sich die Welt hieran. Jede Verhandlung über einen wirklichen Frieden muß daher mit einem Protest gegen die Schuldfrage und mit einem Widerruf des abgelegten Schuldbekennnisses beginnen. Nicht nur das deutsche Volk erwartet von seiner Regierung, dass diese endlich den Anfang mit der Wiederherstellung seiner Ehre macht, auch die fremden Völker, sogar die feindlichgestimmten, warten auf diese selbstverständliche Tat der Selbstbestimmung. Kein Volk der Erde wird Deutschland für verhandlungsfähig und seine Unterdrückt für vollwertig halten, solange auf dem deutschen Namen die Schmach dieser Selbstbezichtigung ruht. Die Erklärungen der Reichsregierung vom 8. und 9. Juni genügen nicht. Sie geben zwar die Selbstbestätigung des Schuldbekennnisses von Versailles in Frage, vermeiden aber die formelle und ausdrückliche Ablehnung der Kriegsschuld, auf die es allein ankommt. Der Reichslandbund richtet auf die deutsche Reichsregierung die Mahnung, bevor sie in weitere Verhandlungen über das Gutachten der fremden Sachverständigen eintritt, die am Eingang dieses Kriegs anlässlich in besonders ausdrucksreicher Form wiederholte Waffe von der deutschen Kriegsschuld in der gleichen grundsätzlichen und nachdrücklichen Form zurückzuweisen.

Der Kampf um den Stillen Ozean.

(Gegner Drachter ist der Dresdner Nachrichten.) Paris, 13. Juni. Die Havas-Agentur meldet aus Washington, dass das amerikanische Marinedepartement für das kommende Frühjahr ein großes Flottentmanöver im Stillen Ozean vorzunehmen beabsichtigt, für das die Pläne bereits ausgearbeitet und angenommen sind. An diesen Manövern, die die bedeutendsten in der Geschichte der Vereinigten Staaten sein würden, nähmen fast alle amerikanischen Flottenstreitkräfte teil.

Ein neuer japanischer Protest.

(Gegner Drachter ist der Dresdner Nachrichten.) Genf, 13. Juni. Der "Herald" meldet aus New York: Die japanische Botschaft hat dem ersten Reichsrat am Mittwoch einen neuen Protest überreicht, der sich gegen die Durchführung eines japanischen Dampfers im Hafen von San Francisco richtet. Die japanische Antwort auf die legitime amerikanische Note ist noch nicht in Washington eingegangen.

Dawes Vizepräsident von Amerika.

(Fachmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Berlin, 13. Juni. Nach hier eingetroffenen Nachrichten ist Dawes als Kandidat für die Vizepräsidentschaft gewählt worden. In den Berliner politischen Kreisen glaubt man, diese Wahl als erfreulich bezeichnen zu können. Man sagt jedoch hingegen, dass auch Dawes, wie alle amerikanischen Bankiers, unter dem Einfluss der Morgan-Gruppe steht, was immerhin zu Einschränkungen etwaiger optimistischer Hoffnungen Anlass geben müsste.

Auflösung der Enthüllung Matteotti.

(Gegner Drachter ist der Dresdner Nachrichten.) Rom, 13. Juni. Mussolini teilte in der Kammer mit, dass die Polizei die Urheber der Enthüllung Matteottis feststellt habe. Drei seien bereits verhaftet. Die Festnahme der übrigen vier wird noch heute abend erfolgen. (W.T.B.)

Rom, 13. Juni. Die Opposition in der Kammer befürchtet, den weiteren parlamentarischen Arbeiten fernzubleiben, bis eine hinreichende Auflösung im Hause des verschwundenen Abgeordneten Matteotti erfolgt ist.

Abbau der tschechoslowakischen Armee.

Prag, 13. Juni. Im Prager Abgeordnetenhaus wurde heute das Gesetz über die Herabsetzung des Friedensstandes der tschechoslowakischen Armee in erster Lesung angenommen. Der Abbau erfolgt in der Zeit vom 1. Oktober 1924 bis 30. September 1925 und umfasst 80 000 Mann, so dass der Friedensstand von 150 000 auf 70 000 herabgesetzt wird. Der Berichterstatter erklärte, dass sich die Voraussetzung für ein von der Opposition gefordertes Militär nicht erfüllt habe. Die Tschechoslowakei müsse mit der Unruhe in ganz Europa rechnen und könne nicht so leichtsinnig sein und glauben, dass man sich ohne Waffen verteidigen könne.

Zusammenbruch des Streiks auf der Londoner Untergrundbahn.

London, 13. Juni. Der Streik auf der Londoner Untergrundbahn ist heute früh zusammengebrochen. Schon gestern erklärten sich viele Ausländer bereit, die Arbeit wieder anzunehmen. Das Komitee, das im Widerstreit zur Gewerkschaft den Streik erklärt hat, wird von seinen Anhängern gleichfalls gebrängt, die Wiederaufnahme der Arbeit zu empfehlen.